JUNOS

ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Sebastian Werkl*

Tagesordnungspunkt: *9.3 Weitere Anträge*

A12: Liberalisierung von Verwaltungsstrafen - Ersatzfreiheitsstrafen abschaffen!

Antragstext

Wir JUNOS - Junge liberale NEOS sind der Überzeugung, dass eine Haftstrafe immer die Ultima Ratio sein muss, die Strafmaßnahme, wenn alle anderen Strafmaßnahmen nicht gewirkt haben. Deshalb setzen wir uns für eine Abschaffung des §16 VStG ein, in welchem Ersatzfreiheitsstrafen beschrieben werden. Während es im Strafrecht und auch im Finanzstrafrecht bereits möglich ist, eine Ersatzfreiheitsstrafe durch gemeinnützige Arbeit zu umgehen, gibt es diese Option im Verwaltungsstrafrecht noch nicht.

Einerseits stellen die Ersatzfreiheitsstrafen eine Diskriminierung finanziell schwacher Bevölkerungsteile dar, weil eine Ersatzfreiheitsstrafe nicht ohne Grund als Ersatz der Geldstrafe herangezogen werden kann. Eine Ersatzfreiheitsstrafe ist nur im Falle der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe anzutreten. Erst wenn die Einbringungsmaßnahmen (Exekution) erfolglos waren, kommt es zu einer Ersatzfreiheitsstrafe. Davon waren im Jahr 2022 immerhin 5243 Menschen betroffen.

Andererseits sind Ersatzfreiheitsstrafen auch für den Staat teuer. Ein Häftling im Justizvollzug kostete Österreich in den Jahren 2019-2021 zwischen 144 und 151 Euro pro Tag. Für Häftlinge, die eine Ersatzfreiheitsstrafe in Polizeianhaltezentren verbüßen, wurden insgesamt im Jahr 2017 13,4 Mio. Euro ausgegeben.

Des Weiteren gibt es selbstredend noch andere persönliche Konsequenzen für

Menschen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen müssen. Selbst bei kurzen Haftstrafen gibt es eine latente Gefahr des Jobverlusts und damit zusammenhängende weitere soziale Probleme wie etwa Wohnungslosigkeit. Außerdem gibt es klarerweise auch ein soziales Stigma von Menschen, die inhaftiert waren. Ganz zu schweigen von den Problemen, die Alleinerziehende haben, ihre Kinder unterzubringen, wenn sie eine Ersatzfreiheitsstrafe ableisten.

Dies alles spricht gegen die bis jetzt gängige Praxis der Ersatzfreiheitsstrafen im Bereich von Verwaltungsdelikten. Natürlich ist es aber auch keine Option, Menschen, die eine Geldbuße nicht bezahlen können, straffrei davonkommen zu lassen. Deshalb fordern wir JUNOS - Junge liberale NEOS, dass an die Stelle von Ersatzfreiheitsstrafen auch im Bereich des Verwaltungsstrafrechts gemeinnützige Arbeit tritt. Im Jahr 2017 wurde von der damaligen SPÖ-ÖVP Regierung bereits eine derartige Reform vorgelegt. Leider ist diese den darauf folgenden Regierungsumbildungen zum Opfer gefallen. Bis dato wurde keine neue Gesetzesnovelle erarbeitet. Wir fordern eine Beendigung dieses Missstandes im Verwaltungsstrafrecht.